



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/XVI/144 - 30. Juni 1961

Archiv  
des Vorstandes der Sozialdemokratischen  
Partei Deutschlands, Bonn  
30. JUNI 1961

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170  
Fernsprecher 21831-33  
Fernschreiber 0888890

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite:

Zeilen:

1 - 3	<u>Die Reformen fanden nicht statt</u> Bilanz der Sozialpolitik des dritten Bundestages Von Helmut Rohde, MdB	115
4 - 5	<u>Sozialismus in Afrika</u> Von Mamadou Dia Präsident des Ministerrates der Republik Senegal	85
6	<u>Erfolg für MdB H. G. Ritzel</u> Export von Schlachtpferden verboten	15
6	<u>"Preiswertes Baugelände vom Bund"?</u> Ein toller Verein, diese Bundesregierung!	24
7 - 8	<u>Zeitgeschehen ...</u> <u>Der Briefwechsel Creutzfeldt - Buresch</u> Heyde-Sawade konnte ruhig schlafen Eine aufschlussreiche Dokumentation	98

\* \* \*

## Die Reformen fanden nicht statt

Von Helmut Röhlde, MdB

Die amtierende Bundesregierung besitzt nicht die Fähigkeit, sozialpolitische Reformen zu bewältigen. Die letzten Jahre werden als Beispiel dafür in die deutsche Sozialgeschichte eingehen. Viel vorgenommen und viel verspielt - das ist das Ergebnis am Schluss der Legislaturperiode.

1957 versprach die Regierung, die Unfallversicherung neu zu ordnen, die Krankenversicherung zu reformieren, die Härten der Rentenreform zu beseitigen, das alte Buch der Reichsversicherungsordnung durch eine Neufassung zu ersetzen, der Konzentration von wirtschaftlicher Macht und Besitz zu begegnen und die Sozialordnung unseres Landes ausgewogener zu gestalten. Aus alledem ist nichts geworden. Dabei ist die Regierung keineswegs an mangelnden materiellen Möglichkeiten gescheitert. Wir haben wie viele andere Länder des freien Westens seit Jahren eine Hochkonjunktur. Diese Regierung ist mit sich selbst und ihrer verkrampten Sozialphilosophie nicht fertig geworden. Sie glaubt, "die Grenzen des sozialen Rechtsstaates sind bereits erreicht".

Die Regierung hat zudem mit Blank einen Arbeitsminister gewählt, dem die entscheidende Voraussetzung für sein Amt, nämlich regieren zu können, nicht gegeben ist. Und sie stützt sich auf eine Parlamentsmehrheit, in der die divergierenden Gruppeninteressen ausgeprägter sind als die Vorstellung und der Wille, zielstrebig Sozialreform zu betreiben.

### Die Bilanz

Die Reform der Krankenversicherung hat die Regierung im Sumpf der Kostenbeteiligungspläne versacken lassen.

Die Unfallversicherungsreform wurde beraten und dann von der CDU wieder zurückgezogen.

Mit den verbliebenen Härten und Mängeln der Rentengesetze hat sich die Regierung trotz konkreter Zusagen des Kanzlers vor der Wahl 1957 überhaupt nicht befasst; die Initiativen der SPD wurden nie dergestimmt.

Die breite Streuung des Eigentums ist in den Schatten der Konzentration wirtschaftlicher Macht geraten, deren Ausmaß ernste Sorgen für unser Sozialgefüge heraufbeschwört.

Diese Bilanz von Versäumnissen und gescheiterten Experimenten ist der Regierungsmehrheit, wie wir wissen, selbst unheimlich geworden.

Darum, - und aus keinem anderen Grunde - hat sie sich kurz vor der Bundestagswahl noch zu einigen sozialen Verbesserungen aufgerafft. Sie war, wie Professor Erhard beklagte, noch zu "Sünden" bereit. Der Blick auf die leeren Hände und auf den Wähler hat auf die CDU stärker gewirkt als die Ministerklage.

#### Wahlgeschenk mit grossen Fehlern

So wurde vor der Wahl noch die wirtschaftliche Sicherung der Arbeiter im Krankheitsfall verbessert. Das geschah im Mai 1961; Vorher hatte die CDU/CSU alle Vorschläge der SPD zur Gleichstellung der Arbeiter im Krankheitsfall ignoriert.

Dem unter Zeitdruck beratenen Krankengeldgesetz wurden von der CDU jedoch viele Mängel beigegeben:

1. verfügt es über keinerlei Finanzgrundlagen; eine spürbare Erhöhung der Krankenkassenbeiträge wird die Folge sein. Die CDU hat selbst die Beitragsgrenze von 9 auf 11 Prozent erhöht.
2. wird bei der Berechnung des Krankengeldes nicht mehr uneingeschränkt vom tatsächlichen Arbeitsverdienst, sondern von einem sogenannten "Regellohn" ausgegangen. Ferner ist eine in mancherlei Hinsicht unglückliche Verstrickung mit dem Steuerrecht vorgenommen worden.
3. ist dieses Gesetz so schlecht gefasst, dass in den Personalbüros der Betriebe und bei den Krankenkassen ein immenser Verwaltungsaufwand entstehen wird.

Alle diese Mängel hätten vermieden werden können. Die Vorschläge der SPD wurden jedoch abgelehnt. Die CDU lässt die Krankenkassenbeiträge steigen - in der Hoffnung, dass sie nach der Wahl wieder die politische Macht besitzt, um dann mit dem Hinweis auf eben diese gestiegenen Beiträge erneut die zusätzliche Kostenbeteiligung von Versicherten und den Familien zu fordern. Das Wort von der "Verteilung von Eustendontons", mit dem Prof. Erhard die Krankenkassen abstempelte, zeigt die Richtung an. Die Sozialversicherten sind gewarnt.

#### Zwei Verwaltungen für das Kindergeld

Von Zeitnot und Halbheiten ist auch die Kindergeldgesetzgebung beeinflusst. Obwohl die Regierung schon vor längerer Zeit zugeben musste, dass das Kindergeldsystem reformbedürftig ist und obwohl sich das Parlament seit langem für eine bessere und gerechtere Gestaltung des Familien-Lastenausgleichs ausgesprochen hat, brachte sie in vier Jahren keine umfassende Neuregelung zustande.

Um nicht mit völlig leeren Händen dazustehen, hat sie jetzt noch kurz vor der Wahl zugestimmt, Kindergeld an Zweitkinder auszuzahlen - allerdings erst nach einer Einkommensprüfung der Eltern. Auszahlungsstellen sollen die Arbeitsämter sein.

Jetzt stehen wir vor folgendem Zustand:

1. Künftig wird Kindergeld von zwei Verwaltungen gezahlt - für Zweitkinder von der Kindergeldkasse der Arbeitsverwaltung und für drei und mehr Kinder von den Familienausgleichskassen der Berufsgenossenschaften.
2. Für die Gewährung von Kindergeld ist eine Einkommensgrenze von 600,- DM monatlich gesetzt. Die Einkommensverhältnisse der Eltern werden in jedem Jahr mit Hilfe von Arbeitgebern und Finanzämtern neu überprüft. Alljährlich müssen die Eltern einen erneuten Antrag stellen. Die Einkommen beider Elternteile werden zusammen veranlagt.
3. Scheidet z.B. die Ehefrau nach der Geburt des Zweitkindes aus dem Berufsleben aus und lag bis dahin das gemeinsame Familieneinkommen über der gesetzlich festgelegten Verdienstgrenze, so erhält die Familie ihr Kindergeld erst mit einer Verzögerung bis zu einem Jahr. In diesen Fällen ist nämlich die Berechnungsgrundlage für die Einkommensprüfung das Kalenderjahr vor der Antragstellung.

Auch sonst enthält das neue Gesetz durch die Aufspaltung der Kindergeldzahlung in zwei Verwaltungen und durch seine Verquickung mit dem Steuerrecht eine Fülle fataler Konsequenzen.

Es ist schon schlimm, dass der Wille des Parlaments, Kindergeld für Zweitkinder zu gewähren, von der Regierung so mangelhaft behandelt worden ist und dass sich die CDU/CSU nicht zu besseren und gerechteren Regelungen bereitfand.

Alles in allem haben wir zu beklagen, dass die Sozialpolitik der amtierenden Regierung nicht zur Sozialreform geführt hat, sondern wiederum in eine Wahlpolitik mit allen Mängeln, Halbheiten, Ungerechtigkeiten und komplizierten Verwaltungsregelungen eingemündet ist. Das ist übrig geblieben von den grossen Versprechungen des Jahres 1957. Angesichts dieser Bilanz ist es nicht verwunderlich, dass sich die CDU in ihrem Kölner Wahlmanifest weithin über die Sozialpolitik ausschweigt. Sie spricht nur von der "Fortsetzung der Sozialreform", ohne zu erläutern, mit welchen Mitteln und mit welchen Zielen das geschehen soll.

Eine Fortsetzung des bisherigen Regierungsstiles in der Sozialpolitik wäre nicht zu ertragen. Die versäumten Reformen müssen künftig mit mehr Tatkraft, mit mehr Fleiss und mit besserer sachlicher und fachlicher Vorbereitung angefasst werden. Dazu bedarf es einer neuen Bundesregierung.

## Sozialismus in Afrika

Von Mamadou Dia

Präsident des Ministerrates der Republik Senegal

Nach einem Jahr praktischer Erfahrung der Unabhängigkeit innerhalb eines besonders schwierigen Zeitabschnitts der Weltgeschichte sind wir in der Lage, unsere Haltung gegenüber gewissen Problemen darzulegen. Was unsere Prinzipien betrifft, so können wir nunmehr mit Sicherheit sagen, dass unsere Ideologie die des Afrikanischen Sozialismus ist. Beim jetzigen Stand der Entwicklung können wir in Anbetracht unserer Bemühungen und Überlegungen versuchen, in einer ersten Synthese eine Definition des Afrikanischen Sozialismus, des afrikanischen Weges zum Sozialismus zu geben, dessen Umrisse jetzt erkannt, und dessen Unerlässlichkeit bestätigt werden sollte.

Diese erste Synthese stellt, sozusagen, auch das Vorwort zu unserem Programm dar. Auf politischer Ebene sind unsere Gedanken bereits weit genug fortgeschritten, um uns die Verwirklichung unserer Idee zu ermöglichen. Wir gehen damit ein auf den historischen Appell des Präsidenten Senghor in seinem eindrucksvollen Bericht über die geistigen Grundlagen, den er im Juli 1959 dem "African Federation Party" Kongress in Dakar vorlegte, und der für uns der bedeutende ideologische Ausgangspunkt bleibt. In den kommenden Monaten werden wir damit beginnen, ein erstes Manifest über den Afrikanischen Sozialismus auszuarbeiten. Das wird seinen Eindruck nicht nur auf die Herzen und Hirne unseres eigenen Volkes machen, sondern auch auf alle, die ausserhalb unseres Landes auf gleichen oder ähnlichen Wegen ihr Ziel zu erreichen suchen.

Wir glauben, dass eine solche starke und positive Herausstellung Afrikas als ein selbständiger Faktor den Afrikanern wieder einmal eine Gelegenheit geben wird, ihren Ansichten Gehör zu verschaffen und sich in die Debatte einzuschalten, die überall in der Welt geführt wird, einer Welt, die zu oft der Hoffnung entbehrt, einer Welt, die es vielleicht nötig hat, das zu hören, was wir ihr zu sagen haben, denn unsere Botschaft ist eine Botschaft des Lebens und der Hoffnung.

### Keine Block-Bindung

Erstens trachten wir danach, unser ideologisches Problem in das Gesamtbild der Welt einzufügen. Wie ich schon Gelegenheit hatte, auf der UNO-Generalversammlung zu bestätigen, gehört zu unserer Vorstellung von einer harmonischen Welt, dass wir bemüht sein müssen, den Afrikanischen Sozialismus aufzubauen, damit er die gegenwärtigen Bedürfnisse und die zukünftigen Bestrebungen der Menschen erfüllen kann. Genauer gesagt, wir glauben - da sich Afrika an keinen Block binden wird - dass eine Synthese zwischen individualistischen und sozialistischen Werten möglich sein wird, die in der umfassenden menschlichen Persönlichkeit zu einer Harmonie reifen kann.

Diese Synthese des wahren Sozialismus und des wahren Humanismus, die auf afrikanischer Realität und afrikanischen Werten beruhen wird, ohne jedoch die bereichernden Beiträge anderer Kulturen zurückzuweisen,

wird zwar echt afrikanisch, aber zur gleichen Zeit von weltweiter Wichtigkeit sein.

Unsere Ideologie befasst sich damit, gewissen grundlegenden Prinzipien ihre Bedeutung wieder zurückzugeben: zunächst einmal die Verpflichtung gegenüber der Gemeinschaft, die für jedes Mitglied einer Gruppe in gleichen Maße gilt - die Freiheit, dieser Verpflichtung nachzukommen, was bedeutet, dass die Mitglieder der Gruppe eine Gesamtverantwortung für die Entwicklung ihrer Gemeinschaft übernehmen.

Zweitens, unsere Ideologie beinhaltet eine vollkommene Entfaltung der menschlichen Persönlichkeit innerhalb der Gruppe, also einen fundamentalen Humanismus.

Unser Weg eines Afrikanischen Sozialismus führt uns zur Verwirklichung dieser sozialistischen Gesellschaft, indem wir sie mit unseren afrikanischen Werten verschmelzen.

Wir werden unsere Gemeinschaft aufbauen mit dem Ziel der Förderung des Allgemeingutes und unter Berücksichtigung der Lehren, die sich aus unserer soziologischen Struktur mit ihren gesunden und reichhaltigen Formen unseres Gemeinschaftslebens ergeben, Formen, die wir den organisatorischen Notwendigkeiten unseres modernen Staates anpassen werden.

#### "Erregendes Zukunftsbild"

In diesen Gemeinschaften, in denen unsere Freiheit - getreu dem afrikanischen Schöpfungsgeist - Kraft und Wert durch Diskussion und Debatte erhält, zielen wir darauf hin, einen neuen Typus Mensch zu entwickeln: inspiriert von einem Bewusstsein der Welt und vom Sinn für die geistigen Werte und Kräfte des Lebens, deren Rhythmus unser ästhetisches Wertempfinden bildet. Ist dies nicht ein erregendes Zukunftsbild eines neuen Humanismus, der sowohl Afrika als auch dem Streben der gesamten Menschheit gerecht wird, und somit die Aufgabe des Universums erfüllt?

Dieser geistige Humanismus wird mit der christlichen wie auch mit der islamischen Lebensweise harmonieren, denn wir sind in einem tiefen Sinn ein Volk von Gläubigen. Zu unserer Vorstellung von der Welt gehört die Ansicht, dass alle Gläubigen - vor diese echte Wahl gestellt - besonders dazu aufgerufen sind, in einem brüderlichen Geiste zu handeln, um die geistigen Werte unseres Afrikanischen Sozialismus zu unterstützen, der keine scholastische Theorie ist, sondern eine vitale Herausforderung und daher gleichfalls eine ethische Haltung und eine Verpflichtung.

Wir kommen daher zu der Erkenntnis, dass innerhalb dieser Synthese die alten Kategorien des Idealismus, Marxismus, Materialismus, wie Liberalismus ihre Bedeutung und ihr Interesse verlieren. Somit ist für uns unser Negerblut nicht mehr länger das Banner der Revolte: nun bereichert es unsere Revolution.

Erfolg für MdB H. G. Ritzel

Export von Schlachtpferden verboten

sp - Von den Tierfreunden, und sie zählen viele Millionen, ist ein Alpdruck genommen worden. Einem ihrer eifrigsten Fürsprecher, dem sozialdemokratischen Bundestagsabgeordneten Heinrich G. Ritzel ist es gelungen, den gesamten Bundestag für ein Ausfuhrverbot für Schlachtpferde zu gewinnen. Seit anderthalb Jahren lag ein entsprechender Antrag vor. Zehntausende Briefe von Tierfreunden erreichten in der Zwischenzeit den Abgeordneten, sie beschworen ihn, nicht müde zu werden in der Bekämpfung eines Skandals, an dem niedrige Gewinnsucht und Tierquälerei Pate standen. Bei der bisherigen Praxis des Schlachtpferde-Exports wurden die Grundsätze des deutschen Tierschutzgesetzes missachtet, die Pferde unter empörenden Bedingungen transportiert und auf quälende Weise getötet. Dieser Skandal gehört nur der Vergangenheit an dank den unermüdlichen Bemühungen des Tierfreundes Ritzel. Die Dankbriefe Ungezählter, die ihm nun erreichen werden, dürften für ihn wohl der schönste Lohn sein.

+ + +

"Preiswertes Baugelände vom Bund"?

Ein toller Verein, diese Bundesregierung !

sp - "Etwa 8 000 Hektar", so sagte Staatssekretär Busch vom Bundes-Schatzministerium auf eine entsprechende Anfrage im Bundestag, werde der Bund aus seinem Besitz zur Förderung des sozialen Wohnungsbaues verkaufen. Auf eine weitere Frage, ob es zutreffe, dass die Hälfte der zum Verkauf stehenden Grundstücke bereits für die Bundeswehr reserviert sei, konnte der Herr Staatssekretär überhaupt nicht antworten. - Die mit grosser Getöse von der Bundesregierung angekündigte "Hilfsaktion des Bundes zur Beschaffung von preiswertem Baugelände" erweist sich somit als Windei, um nicht zu sagen als billiger Wahlschlager, mit dem die Propagandaredner der CDU/CSU bereits seit geraumer Zeit durch die Lande reisen. Das Wort "etwa" und die Ahnungslosigkeit gegenüber bereits der Bundeswehr zugesagten Grundstücke lässt erkennen, dass man in Bonn wieder einmal Hals über Kopf mindestens so tun wollte, als ob etwas gechehe. Wer weiss schon Bescheid, wenn in einer Wahlversammlung der CDU der Redner lauthals verkündet, die Bundesregierung habe das Verlangen der Sozialdemokraten nach Einschreiten gegen den Bodenpreiswucher durch eigene Initiativen längst erfüllt? Das brave Publikum klatscht Beifall und wieder einmal sind die bösen Sozialdemokraten nichts anderes als Leute, die sich lediglich in "negativer Kritik" gefallen. Wenn die Wahl vorbei ist, bleibt ja immer noch Zeit, dem ein Baugrundstück suchenden Bundesbürger zu sagen, er müsse bei der nächsten Wahl die CDU noch stärker machen, damit der gute alte Adenauer endlich alle Wünsche erfüllen kann. Ein toller Verein, diese Bundesregierung!

+ + +

Zeitgeschehen ...

Der Briefwechsel Creutzfeldt - Buresch

Fünf Jahre, bevor Heyde in Flensburg entlarvt wurde, machte der frühere Direktor der Kieler Universitäts-Nervenlinik, Prof. Dr. Creutzfeldt, die Sozialgerichte in Schleswig auf die Identität des angeblichen Dr. Sawade mit Prof. Heyde aufmerksam. Diesen Brief schrieb Creutzfeldt am 6. 12. 1954 nach Schleswig:

"In der dem Gutachten Bossen beigelegten Anlage habe ich einen kurzen Bericht über die Person des unter dem Namen Sawade als Gutachter für das Landesversorgungsamt und Sozialgericht Schleswig-Holsteins tätigen Dr. Heyde niedergelegt.

Ich sehe mich zu diesem Bericht genötigt, weil der Genannte gegen die Gutachten, die von mir und meinen Ärzten erstattet waren, in einer Form aufgetreten ist, wie sie mir in meiner 40-jährigen Gutachtertätigkeit in Breslau, Berlin, Kiel nicht begegnet war.

Die Begutachtung Bossen hat bewiesen, dass dem Heyde offenbar jedes Mittel recht ist, um den, der ihm widerspricht, zu diffamieren. Er bedient sich dabei einer Methode, unter der wir in den Jahren 1933 bis 1945 zu leiden hatten.

Dass Herr Dr. Glatzel der Gutachten des Heyde in Sachen Bossen zugestimmt hat, musste ich mit sehr ernstem Bedenken und Bedauern feststellen.

Ob das Verhalten des Dr. Heyde ein Beweis für seine Glaubwürdigkeit ist, überlasse ich dem Sozialgericht zu entscheiden.

gez. Prof. Dr. Creutzfeldt"

Zur selben Zeit, am 8. 12. 1954, legte Creutzfeldt mit einem Gutachten noch nähere Einzelheiten über Heyde/Sawade vor:

Anlage zu dem Gutachten in Sachen Bossen gegen das Landesversorgungsamt Schleswig Holstein.

"Die Art der Begutachtung, die seit der Tätigkeit des "sogenannten" Dr. Sawade üblich wurde, war so auffällig in ihrer Neigung zum Besserwissen, zu plumpen Aggressionen in unsachlichem Ton, dass mir Bedenken hinsichtlich der Zünftigkeit dieses neuen Gutachters kamen.

Ich erkundigte mich nach diesem Dr. Sawade und konnte nun erfahren, dass ein namensgleicher Bekannter von ihm ihn nicht nur nicht kannte, sondern auch von einem Arzt dieses Namens unter seinen Verwandten gleichen Namens nichts wusste.

Als ich im Juni d.J. bei der Baden-Badener Wanderversammlung der "südwestdeutschen Psychiater und Neurologen den jetzigen Direktor der Würzburger Universitäts-Nervenlinik, Herrn Professor Dr. Scheller, traf, sagte dieser mir spöttisch lachend etwa folgendes:

'Bei Ihnen dort oben in Schleswig hat sich auch unter dem Namen Dr. Sawade der Irrentöter Heyde, der Reichardt damals verdrängt hat, darnach dem Kriege als SS-Führer ins Lager kam und auf dem Transport vom Lager nach Nürnberg in Würzburg verschwand, versteckt!'

30. Juni 1961

Dieser Heyde, Werner, geboren 25. 4. 02 zu Forst/Niederlausitz, war an der Würzburger Nervenlinik Assistent, wurde im Jahre 1932 Dozent, 1937 ausserordentlicher und im gleichen Jahre ordentlicher Professor und Direktor der Klinik und somit Nachfolger seines damals erst 63-jährigen Lehrers Prof. Dr. Martin Reichardt. Heyde war dann einer der Führer und Propagandisten der Irrentötung, hatte also vor dem Gericht in Nürnberg nichts Gutes zu erwarten.

Seine Personalien habe ich aus dem Kürschnerschen Gelehrtenkalender 1940/41, Seite 723, entnommen.

Als ich vor einigen Monaten mich brieflich nach ihm erkundigte, erhielt ich die Antwort, dass er bei dem Medizinalrat seines Bezirks die Vorweisung der ärztlichen Legitimationspapiere mit der Begründung verweigert hatte, dass er keine nervenärztliche Praxis ausüben, sondern nur als Gutachter tätig sein wolle. Jetzt soll er nach Niedersachsen, vielleicht noch weiter verschwunden sein, wahrscheinlich, weil sein früherer Konassistent Prof. Dr. Störing jetzt als mein Nachfolger den Kieler Lehrstuhl erhalten hat und Herr Sawade ex Heyde die Aufdeckung seines Schwindels befürchten musste.

gez. Creutzfeldt."

Diese Schreiben von Prof. Creutzfeldt kamen an den Präsidenten des Landessozialgerichts Dr. Ernst-Siegfried Buresch, der seinem Senatspräsidenten zwar über den Brief Andeutungen machte, den Inhalt wahrscheinlich aber niemals genau bekanntgab. Nach einem Gespräch mit dem Flensburger Staatsanwalt Bourwieg, der erklärt haben soll, Buresch brauche nichts zu veranlassen, erhielt Prof. Creutzfeldt am 10. Januar 1955 seine Briefe zurück, ohne dass in Schleswig auch nur eine Abschrift für die Akten behalten worden wäre. Dazu schrieb Dr. Buresch:

"Sehr geehrter Herr Professor!

Die von Ihnen dem Direktor des Sozialgerichts Schleswig übersandte Anlage zu dem Gutachten in Sachen Bossen nebst Anschreiben ist mir vorgelegt worden. Wegen dienstlicher Abwesenheit von einiger Dauer ist beides erst mit erheblicher Verspätung zu meiner Kenntnis gelangt. Ich habe mir einige Zeit genommen, um sehr reiflich zu überlegen, wie ich mich in dieser Angelegenheit, die für die Sozialgerichtsbarkeit selbst zur Zeit keine praktische Bedeutung mehr hat, zu entscheiden habe.

Das Ergebnis dieser Überlegung ist, dass ich als Präsident eines Gerichts, das durch die Eigenart seines Aufgabengebietes besonders eng mit der medizinischen Wissenschaft und dem Ärztezustand verbunden ist, es nicht als meine Aufgabe ansehen kann, einen für das Ansehen des Ärztestandes und besonders der Vertreter des psychiatrischen Fachs möglicherweise recht folgenschweren Schritt zu tun, ohn dazu von Amts wegen verpflichtet zu sein.

Dass die weitere Verwertung dessen, was Sie mitteilen oder andeuten, möglicherweise zu einem Verfahren führen könnte, welches nicht nur in Deutschland, sondern vielleicht sogar noch mehr im Ausland von neuen lebhaften Widerhall finden würde, muss ich annehmen. Die Entscheidung dafür bleibt richtiger Ihnen, sehr geehrter Herr Professor, der Sie selbst ein namhafter Vertreter des psychiatrischen Fachs sind, vorbehalten. Deshalb erlaube ich mir, Ihnen jene beiden Schriftstücke hiermit wieder zurückzusenden.

Hochachtungsvoll  
Dr. Buresch"

+ + +

Verantwortlich: Günter Markscheffel